

Tagesthema

Wenig Interesse an Betriebsrenten

Kleine Firmen engagieren sich am wenigsten / PETER JANSSEN

Düsseldorf. Die betriebliche Altersversorgung spielt in Deutschland unverändert ur eine Nebenrolle. Während in den Niederlanden und Großbritannien Betriebsrenten durchschnittlich 30 Prozent des jeweiligen Alterseinkommens ausmachen und in der Schweiz sogar 50 Prozent, sind es hierzulande gerade mal fünf Prozent. Besonders Besorgnis erregend findet es die nordrhein-westfälische Sozialministerin Birgit Fischer (SPD), dass sich vor allem kleine Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten am wenigsten auf dem Gebiet der betrieblichen Altersversorgung engagieren.

Eine von ihrem Haus in Auftrag gegebene Untersuchung ergab, dass in NRW die Arbeitgeber von 23 Prozent der Kleinbetriebe Mittel für die betriebliche Altersversorgung aufbringen. In Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sind es dagegen 83 Prozent. Etwas günstiger sieht die Bilanz bei der durch die Arbeitnehmer selbst finanzierten betrieblichen Vorsorge aus, der sogenannten Entgeltumwandlung. Dabei werden Teile des Gehalts steuer- und abgabenfrei für die Altersversorgung zurückgestellt. Von dieser Möglichkeit machen 43 Prozent der kleinen Unternehmen und 89 Prozent der großen Betriebe Gebrauch.

Unbefriedigend ist auch das Interesse der Beschäftigten. Nur fünf bis 10 Prozent der Mitarbeiter nehmen das Angebot der Entgeltumwandlung zur persönlichen Altersversorgung wahr. Allerdings deuten Umfragen darauf hin, dass als Folge der Diskussion über die Stabilität der Renten die Nachfrage nach betrieblicher Altersversorgung auch in

kleinen Betrieben steigt. Die zusätzlichen Renten, die im Alter aus den verschiedenen Formen der betrieblichen Versorgung bezogen werden, liegen zwischen 200 und 300 Euro monatlich.

Erhebliche Unterschiede weisen die Aufwendungen der Arbeitgeber für die zusätzliche Altersversorgung aus. Bei Pensionskassen schwanken die Zuwendungen zwischen 200 und 1.100 Euro pro Jahr und Mitarbeiter. Für Unterstützungskassen bringen die Unternehmen etwa 1.000 Euro auf, bei Pensionskassen 725 Euro und bei Direktversicherungen 500 Euro. Das mangelnde Engage-

ment vieler, vor allem kleinerer Unternehmen, führt Professor Wolfgang Förster, der wissenschaftliche Leiter der Umfrage, auf die Kompliziertheit der Materie und die Angst vor erheblichem zusätzlichem Verwaltungsaufwand zurück. Außerdem begründeten viele Betriebe ihre Zurückhaltung mit dem fehlenden Interesse der Belegschaft.

Ministerin Fischer will sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass verlässliche Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersversorgung geschaffen und die Vorschriften vereinfacht werden. Darüber hinaus tritt sie dafür ein, dass die Entgeltumwandlung dauerhaft sozialversicherungsfrei bleibt und nicht, wie jetzt geplant, im Jahr 2008 ausläuft. Zusammen mit

Handwerkskammern, Innungen, Arbeitgeberverbänden und Steuerberatern will sie „möglichst einfache Lösungen“ erarbeiten lassen, die insbesondere von Betrieben mit wenigen Beschäftigten umgesetzt werden können.

Auch eine bessere Information der Arbeitnehmer hält die Sozialministerin für dringend erforderlich. Die bislang verwendeten Vorhersagen zur Einkommensentwicklung führten dazu, die tatsächliche Absicherung im Alter viel zu positiv einzuschätzen. Viele zögen daraus den fatalen Schluss, eine zusätzliche Altersvorsorge sei für sie nicht nötig.



Bestandsaufnahme der Altersversorgung: NRW-Familien- und Sozialministerin Birgit Fischer (SPD). FOTO: DPA